

**Zeitschrift:** DrogenMagazin : Zeitschrift für Suchtfragen  
**Herausgeber:** Verein DrogenMagazin  
**Band:** 18 (1992)  
**Heft:** 2

**Rubrik:** Reflexe

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 02.04.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## REFLEXE

Knapp 2'000 Personen haben Ende März auf dem Bundesplatz in Bern gegen die **Drogenpolitik des Bundesrates demonstriert**. Organisiert wurde die erste Nationale Drogen-Demonstration von der SchülerInnen-Koordination der Stadt Bern. Die DemonstrantInnen werfen dem Bundesrat "Blindheit, Ignoranz und Feigheit" vor und verlangen von ihm eine Legalisierung der heute illegalen Drogen und die Entkriminalisierung aller KonsumentInnen. Im weiteren kritisierten sie die Bundesbehörden, dass die heutige Drogenpolitik für die "konzeptionslose Vertreibungspolitik" der Städte verantwortlich sei. (div. Tageszeitungen, 30.3.92)

## REFLEXE

**64 Prozent der Schweizer Bevölkerung befürworten eine ärztlich kontrollierte Heroinabgabe an Abhängige!** Dies ergab eine im Auftrag des SonntagsBlick durchgeführte repräsentativ-Umfrage der DemoSCOPE im Zeitraum zwischen dem 25. und 28. März 92. Nach wie besteht zwar ein Graben zwischen der deutschen und der welschen Schweiz: Sind es diesseits der Saane gar 70 Prozent der Bevölkerung, die DrogenkonsumentInnen ärztlich kontrollierte Drogen verschreiben lassen möchte, befürworten dies jenseits der Saane immerhin bereits 42 Prozent der Romands. Eine Strafbefreiung des Konsums harter Drogen lehnen jedoch nach wie vor 67 Prozent aller SchweizerInnen ab. Etwas anders sieht es bei Haschisch aus: Zwei von drei DeutschschweizerInnen befürworten eine vollständige Entkriminalisierung des Konsums, während gesamt-schweizerisch noch 58 Prozent der Bevölkerung dies befürworten. Selbst die Christlich Demokratische Partei, die Partei des Drogen-Bundesrat Flavio Cotti, wünscht sich neben der FDP und der SPS eine kontrollierte Heroin-Abgabe. (SonntagsBlick, 29. März 92)

## REFLEXE

Bundesrat **Flavio Cotti** selbst scheint in der Frage der Heroinabgabe nach wie vor unentschieden und praktizierte während Monaten eine **Zick-Zack-Politik**, die anfänglich jegliche Versuche ei-

ner ärztlich kontrollierten Heroinabgabe ausschliessen wollte. Vor allem die Deutschschweizer Kantone gingen mit dem vorgelegten Vernehmlassungsentwurf wenig zimperlich um und forderten – zusammen etwa mit drei von vier Bundesratsparteien und dem Städteverband – wissenschaftlich begleitete Abgabeversuche. Als einziger Bundesrat kämpft bislang der SPS-Bundesrat Otto Stich öffentlich für eine kontrollierte Heroinabgabe. (SonntagsBlick, 15. März 92)

Auf ungewöhnliche offensive Weise haben verschiedene grosse Tageszeitungen in der Schweiz versucht, sich ganz direkt in das heiss umstrittene Geschäft einzumischen: Die NZZ hat während mehreren Tagen ganzseitige Artikel und die neue Beilage "Folio" dem brisanten Thema Drogenpolitik gewidmet und – ihrer langjährigen Politik folgend – ein Scheitern der Repression diagnostiziert und neuen drogenpolitischen Modellen das Wort geredet. Der "Corriere del Ticino" hat mit einem ganzseitigen Inserat und einem gross aufgemachten Artikel dem Tessiner Bundesrat Cotti nochmals auf die richtige Linie trimmen wollen. In der Romandie machten "Le Nouveau Quotidien" und "L'Hébd" – das alte und neue Blatt von Chefredaktor Jacques Pilet – Stimmung gegen die unhaltbaren Zustände am Platzspitz und warnten vor den Gefahren, wenn das Tabu der Heroinabgabe fallen sollten. In La Chaux-de-Fonds sorgte "L'Impartial" für die richtige Stimmung im Umfeld des dort heimischen Bundesrates Felber.

Ende April und anfangs Mai hat sich der Gesamtbundesrat mit der Heroinabgabe befasst – und zweimal das Geschäft zur weiterführenden Beratung und Prüfung zurückgewiesen. Gemäss den Recherchen des Tages Anzeiger sind es vor allem die beiden welschen Bundesräte Felber (SP) und Delamuraz (FDP), sowie Villiger (FDP) und Ogi (SVP) die sich gegen die Heroinabgabe wenden. Sowohl der Gesundheits- und der Justiz-Minister (Cotti und Koller, beide CVP) und Finanzminister Stich (SPS) scheinen dafür zu votieren. (TA plus div. Tageszeitungen, 7.5.92)

An der Sitzung vom 13. Mai hat der Bundesrat nur sehr beschränkte Programme in Aussicht gestellt. (div. Zeitungen)

## REFLEXE

Rund **50 ParlamentarierInnen** des National- und Ständerates unter dem Vorsitz der FDP-Rechtsaussen-Nationalrätin Genevieve Aubry bekämpfen weiterhin vehement jegliche Aufweichung der repressiven Drogenpolitik in der Schweiz. Unter dem Vorwand, zum Platzspitz Europas zu verkommen, warnen sie den Bundesrat zudem, einen gefährlichen und "emotionell nicht zu unterschätzenden Graben zwischen der Deutschschweiz und den anderen Landesteilen" aufzureissen. (AP, 14.4.92, div. Tageszeitungen)

## REFLEXE

Die **Drogenkriminalität** hat in der Schweiz im letzten Jahr **markant zugenommen**. So wurden 1991 25 Prozent mehr Personen wegen Verstössen gegen das Betäubungsmittelgesetz angezeigt (23'516). Die Zahl der Urteile nahm im gleichen Zeitraum um 18 Prozent auf insgesamt 14'735 zu. (AP, 23.3.92, div. Tageszeitungen)

## REFLEXE

Die Strafverfolgung der zunehmenden Kriminalität zwingt die Zürcher Justizbehörden dazu, auf die Verfolgung von strafbaren Handlungen zu verzichten, falls diese nicht ins Gewicht fallende Sanktionen nach sich ziehen würden. Der neue SP-Justizminister Moritz Leuenberger stellte einen provisorischen Experimente mit dem "**gemässigten Opportunitätsprinzip**" in Aussicht. Dadurch soll die Personalknappheit bei den Bezirksanwältinnen bekämpft werden, die künftig weniger Bagatelldelikte zu untersuchen haben. So werden künftig reine DrogenkonsumentInnen vermehrt den Statthalter- und Polizeirichterämtern überantwortet werden. (NZZ, 25./26.4.92)

## REFLEXE

**Keine Verurteilungen aufgrund von Konsum oder Besitz von Betäubungsmitteln im Kanton Zürich.** Gemäss dem Zürcher Regierungsrat hat in den Jahren 1990 und 1991 niemand eine Freiheitsstrafe in einem Zürcher Bezirksgefängnis verbüsst, weil er oder sie illegale Drogen besessen oder konsumiert hat (nicht eingeschlossen sind hier die Strafanstalten!). In beiden

Jahren seien je 142 Urteile ausgesprochen worden, die jedoch teils in therapeutische Massnahmen umgewandelt oder zusammen mit Strafen für andere Delikte vollzogen wurden. (NZZ, 10.4.92)

## REFLEXE

Erste Mitgliederversammlung des **Junkie-Bundes Basel JBB** Ende März 92. In Ahnlehnung an die holländischen Junkie-Bonds sind nun auch in der Schweiz erste Zusammenschlüsse von Drogenabhängigen entstanden, die als Interessenvertreter ähnlich den Gewerkschaften "Sprachrohr seiner Mitglieder" sein will. Die erste Versammlung, an der rund 70 DrogenkonsumentInnen teilnahmen, fand im Basler Gewerkschaftshaus statt, da auch der JBB auf längere Sicht Mitglied des Gewerkschaftsbundes werden will. (BaZ, 24.3. und 30.3.92)

## REFLEXE

Nach der **Schliessung des Platzspitz** ist es in Zürich zu einer Umlagerung der offenen Drogenszene in die angrenzenden Wohn- und Industriequartiere gekommen. Die Folgeprobleme für die ansässigen Personen und Betriebe waren enorm und offensichtlich von den Behörden völlig unterschätzt worden. Die Bevölkerung hat mit Protestaktionen und Petitionen an den Stadtrat appelliert, den Abhängigen Überlebenshilfe-Strukturen in genügendem Ausmass anzubieten. Unter dem Druck der Öffentlichkeit scheint die Zürcher Stadtregerung bereit zu sein, verschiedene **Gassenzimmer** zu eröffnen, in denen auch der Konsum von Drogen erlaubt sein soll. Der Zürcher Gemeinderat hat mit grosser Mehrheit verschiedenen Postulaten zugestimmt, die dezentrale Fixerräume, Wohn-Sozialstrukturen für Schwerstabhängige verlangen. (div. Tageszeitungen)

## REFLEXE

Als Folge der Schliessung des Zürcher Platzspitzes haben verschiedene angrenzende Kantone und Regionen eine – zum Teil nur leichte – **Zunahme von Drogenabhängigen in der Öffentlichkeit** feststellen können. Trotzdem haben nicht nur in der Innerschweiz, sondern auch in der Ostschweiz unseres Landes die Kantone ihre alten Drogen-Konzepte überar-

beiten oder neue erstellen lassen müssen. Auch das Fürstentum Lichtenstein ist daran, die Verteilung von sterilen Spritzen an DrogenkonsumentInnen vorzubereiten. Keine Veränderungen nach der Platzspitzschliessung will lediglich die Romandie ausgemacht haben – ausser der Tatsache, dass in der Drogenentzugsstation "Levant" die Anzahl der Entzugswilligen massiv zugenommen hat. (NZZ, 10.2.92, 18.2.92, 9.3.92, 3.4.92; TA, 30.3.92)

## REFLEXE

Nach dem Zürcher Platzspitz ist Ende März auch die zweite grosse offene Drogenszene im **Kocherpark in Bern für DrogenkonsumentInnen definitiv geschlossen** worden. Mit einem Grossaufgebot der Polizei ist es bisher gelungen, "Zürcher Verhältnisse" in Bern zu vermeiden. Unmittelbar vor der Schliessung der offenen Drogenszene mitte März wurde an der Murtenstrasse 26 der zweite offizielle Fixerraum eröffnet. Ein Dritter sei geplant, ein Standort jedoch noch nicht bekannt. div. Tageszeitungen, BZ, 17.3.92)

## REFLEXE

In Basel ist es etwa zwei bis drei Wochen nach der Platzspitzschliessung zu einer sprunghaften Zunahme von **Anträgen nach Methadonprogrammen** gekommen. Fachleute führen dies auf die **massive Verteuerung des Heroins** zurück und betrachten dies als vorübergehendes Phänomen. (BaZ, 6.3.92)

## REFLEXE

Derweil reichen die beiden offiziellen staatlichen Fixerräume in Basel nach wie vor nicht aus, die grosse Nachfrage seitens der KonsumentInnen zu befriedigen. Gegen den vorgesehenen Standort für **den dritten Fixerraum**, der im Sommer 92 eröffnet werden soll, ist bereits **Widerstand** angemeldet worden. (BaZ, 11. u. 16.4.92; NZZ, 13.4.92)

## REFLEXE

Obwohl das Bundesgericht eine **staatsrechtliche Beschwerde** einer Anwohnerin **abgelehnt** hatte, ist der Betrieb des von der Polizei "zwangsgeschlossenen" Fixerstübli am Lindenberg nach wie vor

unmöglich: Allabendlich sorgt ein Polizeiaufgebot für genügend Unsicherheit, so dass die Abhängigen den Ort meiden. Deshalb geht die Suche nach einem geeigneten Standort für den dritten Fixerraum weiter, obwohl ein solcher bereits besteht. Gegen diese "politische Machtdemonstration" hat sich der Basler Kantonsarzt Christian Herzog verbal zur Wehr gesetzt und sich für eine pragmatische, humane und effektive Aids-Prävention in den vorhandenen Strukturen stark gemacht. Zwei scheidende Regierungräte – wohl vor allem Alt-Regierungsrat Faklam – haben deshalb den Antrag durchgedrückt, Herzog wegen unloyalem Verhalten die Wiederwahl als Chefbeamten zu verweigern. Herzog hat die Möglichkeit, mit einem Rekurs eine Neu Beurteilung durch die neue Regierung zu erwirken. (BaZ, TA, NZZ, 18.3.92; BaZ 5.3.92 u. 29.4.92)

## REFLEXE

Zwischen 50 und 60 DrogenkonsumentInnen haben während dem ersten Betriebsmonat täglich den **Luzerner Fixerraum** im Stadthaus frequentiert. Der Initiator, Stadtpräsident Franz Kurzmeyer, zeigte sich sehr befriedigt über den Erfolg, vor allem da aus der Umgebung des Stadthauses keine Klagen von AnwohnerInnen eingegangen seien. (TA, 8.5.92)

## REFLEXE

Hanf Freunde in der Schweiz rufen zur Anbauschlacht: Der Verein Schweizer Hanf Freunde VSHF will **Hanf in der Schweiz wieder heimisch machen** und gleichzeitig einen Beitrag zum Überleben unseres Planeten leisten. Bereits seien 400 Züchter und Pflanzler bereit, dieses Jahr erste Versuche zu wagen. Solange der Anbau von Hanf nicht zur Produktion von Drogen diene, sei er legal, hielt das Bundesamt für Gesundheitswesen bei der Überprüfung einer entsprechenden Anfrage fest. Gemäss Angaben des Vereins bestehe von Seiten einiger Papierindustrien ein Interesse daran, in Zukunft Papier aus Hanffasern herzustellen. Im Herbst 92 will der Verein zur **"ersten Hanf-Brachete"** einladen. (AP, 17.3.92)

## REFLEXE

Justizminister Arnold Koller will

die Möglichkeiten bei der **"Einziehung von Drogengeldern"** mit einem neuen Geldwäschereigesetzes-Paket verbessern: Anlässlich seiner Gespräche mit US-Justizminister Barr vereinbarten sie die Entsendung eines schweizerischen Drogenfahnders als Verbindungsmann zur US-Drogenfahndungsbehörde Drug Enforcement Agency DEA in Washington. Gleichzeitig soll eine bessere gesetzliche Grundlage für die seit 1984 in der Schweiz tätigen DEA-Agenten geschaffen werden. Zudem müssten Schweizer Banken künftig die Möglichkeit erhalten, "verdächtige Transaktionen melden zu dürfen." Bei Geldverschiebungen, die eine noch nicht genau festgelegte Höhe überschreiten würden, müssten in Zukunft die "Verdächtigen" die nicht kriminelle Herkunft der Gelder beweisen: International bereitet den Strafverfolgungsbehörden die heutige Beweispflicht-Praxis massive Probleme, da die Herkunft schmutziger Gelder über verschiedene Scheingeschäfte leicht zu vertuschen ist. (NZZ, 28./29.3.92; BaZ, Bund, 31.3.92)

## REFLEXE

120 Jahre soll der ehemalige General und Diktator von Panama, **Manuel Noriega hinter Gitter**. Zudem muss er eine Busse von 635'000 Dollar bezahlen; dass er auch noch mit einem Landesverweis nach Verbüßung seiner Haft rechnen müsse, wurde nicht bestätigt. Er wurde in acht von zehn Anklagepunkte für schuldig befunden, unter anderem wegen Mordfällen, Drogenverbrechen und der Verletzung der Menschenrechte. Der Schuldspruch der zwölf Geschworenen kam nach dem mehr als zwei Jahre dauernden Beweisnahmeverfahren und dem rund siebenmonatigen Prozess etwas überraschend, schienen sie doch lange Zeit nicht recht an die Schuld Noriegas zu glauben, was zum grössten Justiz- und Politskandal der USA geführt hätte. Vergeblich versuchte die Verteidigung Noriegas auf die früheren Beziehungen Noriegas zur CIA und als Verbündeten der amerikanischen Drogenbehörden darzustellen: Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, hiess doch der damalige CIA-Chef George Bush, der im kommenden Herbst als amerikanischer Präsident wiedergewählt werden will. Noriega war

im Dezember 1989 nach einer militärischen Invasion mit vielen Toten, Verletzten und riesigen Verwüstungen gefasst und in die USA verschleppt worden. (NZZ, 10.4.92; BaZ, 11. und 13.4.92)

## REFLEXE

Politik im Dienste des Drogenhandels: Nach Korrespondentenberichten aus Indien, soll der Kampf der verschiedenen Mudshaheddin-Gruppen in Afghanistan unter anderem auch mit der Frage der Kontrolle über die Schlafmohnfelder der Paschtunen verbunden sein. Der von Pakistan und den USA unterstützte, **fundamentalistische Paschtunen-Führer Gulbuddin Hekmatyar**, der als einziger nicht dem Rat der sechs Rebellengruppen zugestimmt hat, scheint nun auf eine Teilung Afghanistans hinzuwirken, und die Kontrolle über die Mohnfelder auf beiden Seiten der afghanisch-pakistanischen Grenze bewahren zu wollen. Das Milliarden-Geschäft macht ihn zu einem ernstzunehmenden "Machtfaktor" im politischen Ringen um die Afghanistan-Frage. Falls die USA ihn einmal fallen lassen sollte, würde er New York mit Heroin vollpumpen, lautet eine der kolportierten Drohungen Hekmatyars. (TA, 28.4.92) Dass dies keine leeren Drohungen sein dürften, wissen die Amerikaner bestimmt; es ist davon auszugehen, dass das hochwertige Kriegsgerät, dass die USA ihm während der sowjetischen Invasion verkauft haben, pünktlich bezahlt worden ist – wie auch immer!

## REFLEXE

Über 10'000 Todesfälle sind nach einer vom Bundesamt für Gesundheitswesen in Auftrag gegebenen Studie im Jahre 1990 auf Rauchen – als Einzelursache zurückzuführen. Berücksichtigt wurden 22 Krankheitsdiagnosen, die ursächlich mit Rauchen in Verbindung gebracht werden können. Zu diesen zählt auch der Blasenkrebs, an dem auch Bundesrat René Felber zu leiden scheint. Gemäss den Berechnungen des Institutes für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Bern waren es **1990 10'552 rauchenbedingte Todesfälle**, wobei rund 25 Prozent Personen unter 65 Jahren betroffen haben. (BAG-Bulletin Nr. 8, 2.3.92)